

Holländische Krise

Autor(en): **Vos, H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **14 (1934-1935)**

Heft 4

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-332087>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

als vorliegend erachtet bei Ausrüstung mit Waffen oder ähnlichen Instrumenten, bei militärähnlicher Organisation und bei Veranstaltung militärischer Uebungen. *Diese Gesetzgebung zum Schutze der Demokratie, an der die Bauernpartei mitgewirkt hat, während die Kommunisten und Konservativen in brüderlicher Vereinigung dagegen stimmten, ist in allen Teilen der dänischen Bevölkerung mit Zufriedenheit begrüßt worden.*

Es ist für die Arbeiterklasse und andere wirtschaftlich Schwache ein Glück gewesen, daß sie durch dauernd steigenden Anschluß an die Sozialdemokratie sich einen so großen Einfluß auf die politischen Entscheidungen in diesen Jahren gesichert haben. Wohl ist die Krise nicht spurlos an unserem Lande vorübergegangen. *Aber es ist eine Tatsache, daß es nur wenige Länder gibt, in denen die Bevölkerung so glimpflich durch die Wirkungen der Krise gekommen ist wie in Dänemark.*

Unter Hinweis auf die hier gegebene Darstellung darf ich sagen, *daß das kein Zufall ist.* Daß die Bevölkerung das verstanden hat, geht daraus hervor, daß die Mitgliederzahl der Sozialdemokratie während den fünfeinhalb Jahren der Regierungsverantwortung der Partei ununterbrochen gestiegen ist, so daß die Partei nun beinahe 200,000 Mitglieder zählt.

Holländische Krise

Von H. V o s , Amsterdam.

Für die wirtschaftlichen Verhältnisse Hollands sind die folgenden Zahlen wichtig:

Bevölkerung:	31. Dezember 1909	5,86 Millionen
	31. Dezember 1920	6,87 Millionen
	31. Dezember 1930	7,94 Millionen
	31. Dezember 1933	± 8,30 Millionen

Der Zuwachs beträgt also jährlich stetig ± 110,000 Köpfe und läßt bis heute nur wenig nach.

Von den 8 Millionen waren am 31. Dezember 1930 berufsmäßig beschäftigt 3,2 Millionen. Die industriellen Betriebe nehmen (von der ganzen berufsmäßig beschäftigten Bevölkerung) nach den letzten Zahlen (1930) 40 Prozent auf. (Baubetriebe 8 Prozent, Textil und Kleidung 7 Prozent, Metallgewerbe und Schiffsbau 7,5 Prozent und Nahrungsmittelbetriebe 7 Prozent.) Es arbeiten 21 Prozent in den Agrarbetrieben, 22 Prozent in Handel und Verkehr, 1,5 Prozent in Kredit-, Bank- und Versicherungsgeschäften, 7,5 Prozent der Arbeitenden ist Hauspersonal, die übrigen 8,3 Prozent sind beschäftigt in den freien Berufen, Unterricht und Gottesdienst. Die Agrarwirtschaft nimmt an Bedeutung relativ ab. Handel, Verkehr und Industrie wachsen.

Wie stark die Krise auch in Holland wirkt, zeigen die Prozent-

zahlen der Arbeitslosen: 1925 8,1, 1929 6,2, 1933 27,85, 1934 27,2.
(Die Ziffern beziehen sich je auf das erste Halbjahr.)

Die Anzahl der registrierten Arbeitslosen beträgt $\pm 350,000!$

Das Gesamteinkommen (zinsbares Einkommen) ist zurückgegangen von 4,3 Milliarden Gulden (1921 und 1929) auf 3,2 Milliarden (1933), das Gesamtvermögen (zinsbares Vermögen) ist gefallen von 15,6 Milliarden auf 11,5 Milliarden Gulden (1933).

Import- und Exportziffern¹ sind:

Jahr	I m p o r t		E x p o r t	
	Gewicht 1000 kg	Wert Fl. 1000	Gewicht 1000 kg	Wert Fl. 1000
1925	25,398,193	2,454,991	12,336,338	1,807,697
1929	30,988,919	2,752,298	16,301,161	1,989,431
1933	24,080,876	1,209,244	12,768,208	725,656
1934 ²	13,177,194	624,399	7,721,763	397,067

¹ Ohne Münzen und Münzmaterial.

² 7 Monate.

Der Krise gegenüber steht eine Regierung der gesamten bürgerlichen Parteien. Zum ersten Male in der parlamentarischen Geschichte Hollands des 20. Jahrhunderts ist die religiöse Antithese durchbrochen worden. Neben der starken katholischen Partei und den zwei, zusammen gleich starken Protestantisch-Christlichen Parteien beteiligen sich jetzt die bürgerlichen Demokraten und die alte liberale Partei an dieser Regierung, deren Präsident Colijn ist. Die Opposition wird gebildet von unserer Sozialdemokratischen Partei, von den wenig bedeutungsvollen Kommunisten und einer Anzahl Zwergparteien. Die Regierung verfügt über fast 70 Abgeordnete im Parlament, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei über 22, die Kommunisten über 4 Mann. Die Gesamtzahl der Abgeordneten ist 100.

Die Mitgliederzahl unserer Partei wächst stetig und schnell und beträgt jetzt 90,000. Die Abgeordnetenzahl im Parlament hat sich aber seit dem Kriege fast nicht geändert. Die Wählerzahl der Partei schwankt um 800,000. Die Krisenpolitik der Regierung ist, wie man es erwarten kann. Die Goldwährung soll sichergestellt werden, daher verfolgt sie eine konsequente Deflationspolitik. Nur sind diese Deflationsmaßnahmen sehr einseitig. Die Senkung des Kostenniveaus ist bis jetzt fast ausschließlich gesucht worden im Lohnabbau. Die von den Arbeitgebern gern gewollte Lohnsenkung hat die Holländische Regierung gefördert, wo und wie sie es konnte. Die Gehälter der Beamten sind mehrfach erniedrigt, die Arbeitslosenunterstützung ist so schändlich abgebaut worden, daß sie nicht mehr ausreicht für die notwendigste Ernährung. Auch der Arbeitsbeschaffungsplan (60 Millionen Gulden) wird wieder ausgenützt zur Lohnsenkung: Gelder werden von der Regierung nur dann gegeben, wenn die Arbeiter eine neue Erniedrigung der Löhne akzeptieren.

Demgegenüber hat die Regierung die viel zu hohen Wohnungsmieten, die manchmal mehr als ein Drittel des gesenkten Einkommens

in Anspruch nehmen, in Ruhe gelassen, *die Entschuldung der überschuldeten Bauernbetriebe und industriellen Kleinbetriebe ist nicht erfolgt*, nur die Pachtkontrakte sind revidiert worden. *Die Senkung des Kapitalzinses ist nicht gefordert worden.*

Tief hat die Regierung eingreifen müssen in Handel und Agrarwirtschaft. Der ganze Ackerbau, der Obstbau und die Viehzucht wurden von den Regierungsmaßnahmen beeinflusst, manchmal sogar völlig geleitet. Die Viehzucht ist eingeschränkt worden, der Ackerbau wird mit Prämien gefördert. Den Maßnahmen selber ist öfters auch von der Partei zugestimmt worden, obwohl eine Verteuerung des Lebens der Arbeiter zugunsten der Bauern davon die Folge war. Nur kommt auch hier die Unterstützung manchmal, wo sie nicht kommen sollte; den Großgrundbesitzern und den bäuerlichen Großbetrieben werden weit besser geholfen als dem kleinen Bauern und dem Landarbeiter.

Der Handel ist geworden wie der Handel in jedem Staate: Unsere Situation Deutschland gegenüber gleicht der schweizerischen Situation. Kontingentierung und Clearing sind auch in Holland keine fremden Begriffe. Einfuhreinschränkungen zur Aufrechterhaltung der eigenen Industrie (Textil-, Keramik-, Lederindustrie usw.) sind erfolgt, ebenso Exportregelungen, namentlich der landwirtschaftlichen Produktion, wobei vielfach der Export zentralisiert wird, damit nicht die Konkurrenz der holländischen Exporteure untereinander auf den ausländischen Märkten den Preis noch weiter senkt.

Neben den Agrarbetrieben und der Textilindustrie ist der Schiffsbau am meisten von der Krise betroffen worden. Bei insgesamt 69 größeren Betrieben hat sich der Verkaufspreis der hergestellten Fahrzeuge gesenkt von 72 Millionen Gulden (1929) auf 22 Millionen (1933). Die Arbeiterzahl ist zurückgegangen von 34,000 (1929) auf 12,000 (1933). Eine ganz katastrophale Entwicklung, die noch verstärkt worden ist durch die Devaluation der Konkurrenzländer England und Skandinavien. Scharfe Maßnahmen wird die Regierung auch hier treffen müssen. Vielleicht schon bald, wenn nicht der ganze Betrieb zerschmettert werden soll.

Widerlich ist der Abbau des Unterrichts. Die Zahl der Kinder pro Lehrer ist erhöht worden und jetzt gleich der Schülerzahl pro Klasse von 1890! Die Gemeinden, in denen unter sozialistischem Einfluß sehr viel Gutes zustande gekommen war, haben unter dem Druck der Landesregierung ebenfalls abgebaut. Ihrer Unabhängigkeit und ihrer Selbstverwaltung ist ein Ende gemacht worden. *Die größeren Städte können nicht mehr wirtschaften ohne finanzielle Hilfe der Regierung!* Und die Regierung fordert immer und immer wieder: Abbau des Unterrichtes, Abbau der sozialen Fürsorgemaßnahmen, Erniedrigung der Gehälter und Löhne. Sie treibt diese reaktionäre Deflationspolitik immer weiter.

Die Partei und die sozialistischen Gewerkschaften haben diese reaktionäre Politik am kräftigsten bekämpft. *Den Regierungsmaßnahmen haben wir das eigene Programm entgegengestellt. Arbeitsbeschaffung*

durch Wegebau, Kanalbau, Wohnungsbau in großem Umfang ist gefordert worden. Ein finanzielles Krisenprogramm (einmalige Erhebung von einem Prozent des Vermögens, Weiterentwicklung des staatlichen Erbrechtes, Abbau des teuren aber immer unzulänglichen Militarismus) ist entwickelt worden. *Eine große Agitation ist heute im Gange für eine Erhöhung der zu tief gesunkenen Arbeitslosenunterstützung.* Die Petition, die u. a. von der Gewerkschaft (N.V.V.) organisiert worden ist, haben im Augenblick, da wir dies schreiben, schon mehr als 1,350,000 Menschen unterzeichnet. Spezielle Maßnahmen wurden für die arbeitslosen Jugendlichen gefordert. *Zinserniedrigung, Bauernhilfe und Senkung der Wohnungsmieten ist von uns gefordert worden.*

In den letzten Monaten fängt die katholische Arbeiterschaft zu schwanken an. Die Regierungsmaßnahmen werden nicht mehr gebilligt. Dieselben Forderungen, wie sie von unserer Partei und den Gewerkschaften schon lange gestellt wurden, werden laut. Die kleine Katholisch-demokratische Partei ist rührig und wächst. Auch bei den protestantisch-christlichen Parteien, die am meisten reaktionär sind, haben sich eine Anzahl Demokraten zu einer neuen Partei vereinigt. Es ist nicht unmöglich, daß diese demokratische Front, die eine aktive Krisenpolitik fordert, weiter wächst.

Die Hitlerei ist in Holland nach dem 30. Juni ein wenig zurückgegangen. Bisher hat sie sich noch nicht an öffentlichen Wahlen beteiligt. Zahlenmäßig ist ihre Stärke also nicht abzuschätzen. Vielleicht wird das möglich sein, wenn sie sich im nächsten Jahr mit hineinwirft in die Abstimmungen der Gemeinden und Provinzen. Die Katholischen, bei denen das Liebäugeln zum Faschismus am meisten im Schwange ist, sind erschrocken über den germanischen Erfolg. Sie weisen jetzt den deutschen Faschismus zurück, obwohl sie den österreichischen und italienischen noch immer verteidigen. *Der holländische Faschismus ist aber deutsch orientiert, insoweit er sich Faschismus oder Nationalsozialismus nennt.* Die Niederlande haben eine alte demokratische Tradition. Auch diese Tradition ist eine Hemmung für die Weiterentwicklung des Faschismus.

Auch hier rekrutiert der Faschismus seine Leute erstens aus den Mittelschichten. Auf dem Lande bei den Bauern hat er aber noch keinen großen Erfolg erzielt, auch bei den arbeitslosen Arbeitern ist der Einfluß nicht groß. Die Entwicklung Deutschlands und die wirtschaftliche Lage des eigenen Landes werden hier die Entfaltung des Faschismus bestimmen, welche Entfaltung — natürlich — weiter bestimmt wird von den sozialistischen Gegenaktionen.

Voriges Jahr, gleich nach der Machtergreifung Hitlers, hat die holländische Arbeiterbewegung die Gegenwaffen ergriffen. Eine große Agitation, geführt von einer Organisation gegen Faschismus und Kommunismus, gegründet von Partei und Gewerkschaften, wurde eingestellt. Eine Wochenzeitung »Freiheit, Arbeit, Brot«, ganz und gar gegen Faschismus und Kommunismus gerichtet, erscheint und wird in immer größerer Anzahl verkauft. Dieser Verkauf erreicht heute bis zu hunderttausend Nummern pro Woche. Ein großer Schlag ist damit

dem Faschismus und auch dem um die Arbeitslosen werbenden Kommunismus versetzt worden.

Die Not der Bauern hat in der Partei Hollands immer eine große Berücksichtigung gefunden. Voriges Jahr wurde ein tüchtiger Rapport veröffentlicht über die Agrarfrage. Eine Parteikommission war beschäftigt mit den Maßnahmen zugunsten der Mittelständler und Angestellten.

Um alle Maßnahmen, die Krisenpolitik, die Wirtschaftsforderungen, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Agrarpolitik und die Mittelstandsmaßnahmen einheitlich zusammenzufassen, beschloß der letzte Parteikongreß, einen *Plan der Arbeit* aufstellen zu lassen von einem neu zu errichtenden besonderen Sekretariat. Dieser Plan der Arbeit wird die Grundlage bilden für die ganze weitere Wirtschaftspolitik.

Der Plan wird die Führung der holländischen Politik zurückbringen an die Arbeiterklasse. Arbeitslosen und noch Beschäftigten, Bauern und Mittelständlern, Angestellten und Beamten wird er den Weg des Sozialismus klipp und klar zeigen. Wir fürchten hier weder den Faschismus noch den Kommunismus und werden auch mit der reaktionären bürgerlichen Politik der heutigen Regierung fertig werden.

Die belgische Arbeiterpartei (POB.) in der Wirtschaftskrise

Von A. H a l a s i , Bruxelles.

Belgien wurde später als die meisten andern Länder in die Wirtschaftskrise hineingerissen und von ihr weniger stark als diese betroffen. Es ging mit starken Reserven in die Krise. Dank der Stabilisierung des belgischen Francs auf einem relativ niedrigen Niveau im Jahre 1926, war sein Preisniveau verhältnismäßig niedrig, sein Export konnte sich daher vor Beginn der handelspolitischen Abschließung der Länder verhältnismäßig günstig entwickeln. Im Gegensatz zu andern Ländern war der belgische Bauernstand nicht stark verschuldet, ein die Lebenshaltungskosten stark verteuender Agrarschutz war daher nicht erforderlich. Auch erlitt die belgische Wirtschaft relativ geringe Verluste durch die Zahlungsunfähigkeit des Auslandes.

War derart die Ausgangssituation Belgiens in der Krise relativ günstig, so zeigt die aktuelle Lage eine wesentliche Verschlechterung, und zwar sowohl vom *konjunkturellen* wie vom *strukturellen* Aspekt gesehen.

1. Was den konjunkturellen Aspekt anbelangt, so versteift sich die Krise von Monat zu Monat mehr. Die Arbeitslosigkeit steigt, die Zahl der Arbeitslosen beträgt gegenwärtig 165,000, bei sehr verbreiteter Kurzarbeit. Die Stagnation auf dem Geld- und Kapitalmarkt und auf dem Gebiete der Anlagetätigkeit dauert an, ja zeigt eine weitere Abwärtsbewegung.

Die Ursache der Krisenverschärfung in Belgien liegt auf der Hand.